

Kosten für einmalige Sanierung übernimmt Bund

Böhlen-Anfrage zum Radweg zwischen Sinzheim und Steinbach an Verkehrsministerium / Seifermann stellt Antrag

Sinzheim/Baden-Baden-Steinbach (red). Die Radwegeverbindung zwischen Sinzheim und Steinbach sorgt weiter für Diskussionsstoff: Durch eine Verbesserung bestehender Wege sollen Kosten und Flächenversiegelung vermieden werden, heißt es in einer Mitteilung der Grünen Landtagsabgeordneten Bea Böhlen, die dem Verkehrsministerium Fragen zu Finanzierung und Ausgestaltung dieser Radwegverbindung gestellt hat: Böhlen forderte eine Erklärung für die Finanzierung der Verbesserung der in zweifelhaftem Zustand befindlichen Wirtschaftswege, die momentan für Radfahrende sowie für Bewirtschafter der anliegenden Grundstücke zur Verfügung stehen. Die einmaligen Kosten für die Verbesserungsmaßnahmen gehen

laut baden-württembergischem Verkehrsministerium auf das Konto des Bunds. Sollte die Stadt Baden-Baden die baurechtlichen Voraussetzungen für eine Asphaltierung des Wirtschaftsweges schaffen, wäre darüber hinaus auch eine anteilige Kostenbeteiligung der Straßenbauverwaltung möglich. Zwischen dem Ende des neuen Wirtschaftswegs bis zum Mührichgraben sei schnelle Abhilfe geplant, also in einem Bereich, der sich in besonders schlechtem Zustand befindet. Das Regierungspräsidium Karlsruhe habe sich bereits mit der Stadt Baden-Baden, die für den Unterhalt der Wirtschaftswege zuständig ist, in Verbindung gesetzt, um diesen Abschnitt mit einer mineralischen Befestigung zu verbessern. Im weiteren

Verlauf des Weges sollen zudem Schadstellen ausgebessert werden.

Zur Frage, wieso kein Radweg entlang der Neubaustrecke in die Planung mit aufgenommen wurde, verweist Verkehrsminister Hermann darauf, dass dies im Planfeststellungsverfahren eingehend erörtert wurde mit dem Ergebnis, dass es im Umfeld der neuen B3 ausreichende Alternativstrecken gebe. So bestehe etwa entlang der alten B3 ein Radweg, der sogar als Alltagsroute im RadnetzBW verzeichnet sei. „Der Schutz des sehr empfindlichen FFH-Gebiets sowie die Vermeidung hoher Kosten und einer zusätzlichen Flächenversiegelung geben eine kluge und nachvollziehbare Erklärung dafür, keinen neuen Radweg entlang der B3 neu zu

bauen, sondern bestehende Wege weiter zu nutzen“, kommentiert Böhlen. „Diese müssen aber in einen zumutbaren Zustand versetzt werden“.

Günter Seifermann, bündnisgrüner Stadt- und Ortschaftsrat, hat vor diesem Hintergrund einen Antrag an Bürgermeister Uhlig gestellt mit dem Hinweis auf das Schreiben von Hermann an Böhlen: „Die darin zu Lasten des Bundes zugestandenen Kosten für die Sanierung und Ertüchtigung der bestehenden Wirtschaftswege zu Radwegen und sogar eine Kostenbeteiligung an einer Asphaltierung sollten Sie rasch nutzen und klare Vereinbarungen treffen. Falls hierzu im zuständigen Bauausschuss Beschlüsse erforderlich sind, beantrage ich hiermit deren rasche Vorlage“.